

Frank Braßel,
*Food First Information and Action
Network (FIAN), Herne:*

Das UN-Komitee für wirtschaftliche und soziale Rechte hat im Mai 1995 der philippinischen Regierung ein vernichtendes Urteil für die Sicherung des Rechts auf Nahrung und Wohnen ausgestellt. Man hat festgestellt, daß das Recht auf Nahrung zusammenhängt mit der Landreform. Politische Interessen sprechen dagegen, die Politik zu korrigieren und das Menschenrecht auf Wohnen verletzt wird, wenn Slumsiedlungen einfach zerstört werden, weil ein neues Appartementhaus

oder ein Industriebetrieb dort errichtet werden.

Jochen Range,
*amnesty international Ko-Gruppe
Philippinen, Jülich:*

Gesetzlich hat sich außerordentlich viel getan. Die Philippinen haben in der Zeit von Aquino und auch noch in den Anfängen von Ramos fast alle Gesetze eingeführt, die man zu einer ordentlichen Durchsetzung der Menschenrechte benötigt. Die Realität aber sagt, daß die Durchsetzung dieser gesetzlichen Maßnahmen viel zu wünschen übrig läßt. Un-

ter Präsidentin Aquino hatten wir große Probleme mit den Menschenrechten, wir haben sie auch noch unter Ramos. Das Schicksal von 1.600 Verschwundenen ist bisher nicht aufgeklärt, die Täter bleiben überwiegend strafflos. Der allergrößte Rückschlag war die Wiedereinführung der Todesstrafe mit zur Zeit mehr als hundert zum Tode Verurteilten.

Sven Hansen

Der Autor ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Südostasien.

Bondoc-Nachlese

Hilfe jenseits von Entwicklung

Am 24. Januar, einen Tag nach der Vorstellung der Studie von Karl Rössel "Operation Bondoc - Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung", herausgegebenen von der *Stiftung für Kinder* in Kooperation mit dem *philippinenbüro* (siehe auch S. 59) auf einer Pressekonferenz in Bonn veröffentlichte u.a. die *Frankfurter Rundschau* auf ihrer Titelseite den Beitrag "Entwicklungshelfern Kumpanei mit philippinischer Armee angelastet". Darin wird das *BMZ* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) mit den Worten zitiert, es sei "einfach Unsinn", das südöstlich von Manila betriebene *Bondoc Development Program* (BDP) - immerhin eines der größten deutschen Entwicklungshilfeprojekte in den Philippinen - als einen "Skandal" zu bezeichnen.

Dieser Kommentar des *BMZ* ist nicht nur (erklärungsbe)dürftig; verblüffend ist, daß noch tags zuvor (23.01.), anlässlich der Pressekonferenz, dasselbe Ministerium verlauten ließ, man kenne diese Studie nicht, könne folglich auch nichts über deren Inhalt sagen.

Tatsache ist, daß die fragliche Studie längere Interviews mit den verantwortlichen Philippinen-Länderreferenten des *BMZ* und der *GTZ* (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) enthält, die diese dem Autor im September 1995 gewährt und in denen sie ihm gegenüber zugesagt hatten, unbeantwortet gebliebenen Fragen auf den Grund zu gehen. Bislang ist diese Zusage nicht eingelöst worden.

Aufgrund der genauen Kenntnis des bisherigen Verlaufs des *BDP* und aufgrund der uns vorliegenden Dokumente und internen Evaluierungsberichte sowie Stellungnahmen zahlreicher Verantwortlicher vor Ort (u.a. renommierte philippinische Nicht-Regierungsorganisationen) ist und bleibt das *BDP* zumindest in fünf-facher Hinsicht ein handfester Skandal:

1. Die langjährige, kostspielige Orientierungsphase hätte man sich sparen können, wären ortskundige und in der Bevölkerung verankerte Basisgruppen von Anfang an und angemessen - sprich: gleichberechtigt - in den Prozeß der

Planung, Beratung und Durchführung des Projekts eingebunden worden.

2. Die Basisbeteiligung blieb - auch fünf Jahre nach offiziellem Projektbeginn - eine Fiktion. Der größte Teil der sog. Zielbevölkerung weiß bis heute nicht, daß sie überhaupt eine ist.

3. Bezeichnend ist, daß politische Lokalfürsten und Militärs im *BDP* führende Rollen spielen, deren erklärtes Ziel es bleibt, die (Ziel-) Bevölkerung bei unbotmäßigem Verhalten zu maßregeln. Daß den bundesdeutschen Experten die Aufstandsbekämpfungs-Strategie des philippinischen Militärs (*Oplan Lambat Bitag - Operationsplan Netzfalle*) entweder unbekannt ist oder diese, sofern bekannt, von ihnen toleriert wird, widerspricht ausdrücklich dem im *BMZ* selbst geforderten Junktim zwischen der Einhaltung von Menschenrechten und Vergabe staatlicher Entwicklungshilfe.

Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger verweist in diesem Zusammenhang gern und mit Nachdruck auf jene fünf Kriterien, die klarstellen, unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung anderen Ländern Entwicklungshilfe gewährt: Achtung der Menschenrechte; Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß; Rechtsstaatlichkeit; Ausrichtung auf soziale Marktwirtschaft; Entwicklungsorientierung des jeweiligen staatlichen Handelns. Im Falle der Philippinen - insbesondere mit Blick auf Bondoc - hat die Bundesregierung Ende der 80er Jahre zudem auf die Deeskalation des militärischen Konflikts sowie auf die zügige Durchführung des Agrarreformprogramms der Regierung in Manila gedrängt. Keines dieser Kriterien ist auf Bondoc auch nur annähernd erfüllt. Was allein die Landreform betrifft, so hat der UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch im Mai 1995 die Ramos-Administration öffentlich gerügt: Die Landreform verlaufe derzeit schleppend, daß sich Manila im Rahmen eines Notprogramms für deren Beschleunigung einsetzen solle.

4. Die Entsendung hochdotierter westdeutscher Entwicklungshelfer (ein deutsche Experte verdient im *BDP* mehr als

das 39köpfige philippinische Team zusammen) ist angesichts der in den Philippinen selbst vorhandenen Expertise und Kompetenz partout nicht nachvollziehbar.

5. Als eine Organisation, die sich schwerpunktmäßig in den Südp Philippinen für (bürger-) kriegstraumatisierte Opfer, vorrangig Kinder, engagiert und dabei ausschließlich mit Partnern vor Ort arbeitet, empfinden wir es als besonders kritikwürdig, wenn solche Hilfsmaßnahmen im Norden des Landes durch Projekte wie das *BDP*, also mit Hilfe bundesdeutscher Steuergelder und mit dem philippinischen Militär als bisherigem Hauptnutzniederer, konterkariert werden.

Wenn Minister Spranger Ende Februar in die Philippinen reist, wird er dort möglicherweise von einem Präsidenten, Ex-General Ramos, empfangen werden, der einst zu Marcos' Kriegsrechtsverwaltern zählte und wo zehn Jahre nach dem Diktatorensturz immer unverhohlener über präsidiale Sonder- bzw. Notstandsvollmachten debattiert wird. Spätestens dann sollte man auch im *BMZ* darüber nachdenken, Machtrochaden in Manila nicht mehr länger "entwicklungspolitisch" zu stützen, wo doch den zivilen wie militärischen Eliten nationale Sicherheit und Ordnung offensichtlich mehr bedeuten denn grundlegende soziale Reformen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Landsleute.

Rainer Werning

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder mit Sitz in Freiburg i.Br., die schwerpunktmäßig in den Philippinen engagiert ist.

Spranger lobt Verwendung deutscher Finanzhilfe

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, hat sich zum Abschluß seines Kurzbesuches in den Philippinen zufrieden über die Verwendung deutscher Entwicklungshilfemittel in den Philippinen geäußert. Außerdem zeigte sich Spranger "beeindruckt" von den Ergebnissen der Reformpolitik von Präsident Fidel Ramos. (AP 7.3.; AFP 7.3.96)